

# Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riessa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riessaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rats der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1530  
Giroklasse Riessa Nr. 52.

Nr. 28.

Dienstag, 3. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riessaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kassen. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesabendes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 2. Jahrgang 24 Mark. Die 2. Jahrgangszelle ist 16 Zeilen 25 Gold-Pfennige, die 3. Jahrgangszelle 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife, Ergänzungen, Photographien, wenn der Betrag vergrößert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konflikt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. 14-tägige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Götterstraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riessa.

## Oesterreichs Weg.

Der Besuch der großdeutschen Parlamentarier in Berlin hat nicht nur in Deutschland und Oesterreich, sondern auch in der Presse der erst in zweiter Linie beteiligten oder sich beteiligenden Staaten ein auffallend lebhaftes Echo ausgelöst. In Oesterreich selbst haben die freimütigen Äußerungen der Abgeordneten starkes Mißbehagen bei einigen Deutschen wenig geneigten christlich-sozialen Zeitungen hervorgerufen. Diese Erregung, die an sich durchaus ungewöhnlich anmutet, weil ja ein Besuch großdeutscher Politiker bei den Angehörigen gleichgesinnter Parteien im Reich an sich keineswegs besonders bedeutungsvoll zu sein braucht, hat ihre Ursache in der gebieterisch eine Entscheidung fordernden Wirtschaftskrise, in der sich unser Bruderland befindet.

Die Unzulänglichkeit des sogenannten Sanierungswerkes, die auf rein politischen Absichten beruhende Herabsetzung „Oesterreichs“ als eines selbständigen Staates aus der großen Wirtschafts- und Schicksalsgemeinschaft des Gesamtvolkes, die Form dieser Herabsetzung, die jene zwangsweise „Selbständigkeit“ in eine Abhängigkeit von fünflich übergeordneten wirtschaftlichen und politischen Mächten verwandelt, die Folgen dieser Herabsetzung — Feuerung, Abbau, Arbeitslosigkeit, Abblutungskrieg u. v. — alles das zwingt die österreichische Regierung geradezu, neue Wege zu suchen. Hat doch selbst der allmächtige Herr Zimmermann, der Ausschichtskommissar des Völkerbundes, neuerdings zugeben müssen, daß die Genfer Zwangsverwaltung eine Eingliederung in natürliche Zusammenhänge niemals wird erreichen können. Die politische, im besonderen in der Führung der Außenpolitik, maßgebenden Kreise sind nun, vorläufig noch im Geheimen, dafür aber umso lebhafter bemüht, die Schaffung der Donauföderation vorzubereiten. Daß die Großdeutschen, die als Regierungsteilhaber den Bizekanzler stellen, nun auch ihrerseits im Sinne ihrer Grundüberzeugungen Einspruch zu gewinnen suchen, ist ein recht natürlicher Vorgang. Mit Kampf gegen das Sanierungswerk, wie die christlich-sozialen Parteipresse behauptet, haben die Bestrebungen der Großdeutschen nichts zu tun. Großdeutsche wie Christlich-soziale empfinden die Unzulänglichkeit der „Sanierung“, das als notwendiges Übel nicht zu umgehen war, ähnlich z. B. wie der Dames-Plan und die Stützungsanleihe im Reich, die aber, ebenso wieder wie der Dames-Plan, nur gewisse Vorbedingungen schafft, auf denen aufgebaut werden muß.

Auch die Großdeutschen wollen, wie im Anschluß an den Berliner Besuch und die daran sich knüpfenden Presseangriffe von maßgebender Seite ausdrücklich betont wird, nicht Jollikrieg und Jollilaperrung gegen die Nachfolgestaaten. Auch die Großdeutschen wünschen handelspolitisch die Schaffung möglichst vorteilhafter Beziehungen zu den Nachbarländern. Sie kämpfen aber mit aller Kraft dagegen, daß im Südosten Europas unter Einbeziehung Oesterreichs ein auf wirtschaftlicher Grundlage stehender Staatenzusammenschluß sich bildet, der seine Spitze gegen Deutschland lehrt. Oesterreich vom Reich abhebt und praktisch die Vorbereitung des notwendigen und unausweichlichen Anschlusses verzögert. Oesterreich ist kein ausprophetener, nur nach dem Balkan hin neigender Schaaf. Abgesehen von den gefährlichen und verwandtschaftlichen Banden, die das Reich noch stärker an das Deutsche Reich knüpfen, als es mit der damaligen Donaumonarchie der Fall war, hat Oesterreich auch wirtschaftlich alles Interesse daran, Mittler zwischen Ost und West zu bleiben, und zwar in enger Anlehnung an das große, leistungsfähige Wirtschaftsgebiet des Reiches. Das ist vorläufig Oesterreichs Rolle. Denn nicht ein kleiner Oststaat zwischen anderen, überlegenen ist dieses Land.

So ist es, nicht zuletzt im österreichischen Interesse, denkenswert, daß führende Persönlichkeiten der nationaldeutschen Partei unseres Bruderlandes in kritischer Stunde den Weg zu den reichsdeutschen Freunden gefunden und mit ihnen alle schwebenden Fragen durchgesprochen haben. Wenn es unter den augenblicklichen Verhältnissen in Oesterreich auch nicht zu erreichen ist, daß eine Politik getrieben wird, die bewußt auf wirtschaftlicher und kulturpolitischer Grundlage den Zusammenschluß vorbereitet, so muß es doch verhindert werden, daß Oesterreich, zu seinem eigenen Schaden und unter Gefährdung der deutschen Kulturgemeinschaft, Wege einschlägt, die schnurstracks vom erstrebten Ziele wegführen.

## Finanzministerkonferenz in Dresden.

Dresden. Die Konferenz der Finanzminister der deutschen Länder hat gestern vormittag im Finanzministeriumsgebäude begonnen. Von Vorkitz führt der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold. Von auswärts sind erschienen für Preußen Staatssekretär Dr. Weber, für Bayern Finanzminister Dr. Krausnick, für Württemberg Finanzminister Dr. Dehlinger, für Hessen-Darmstadt Finanzminister Dr. Reich, für Baden Finanzminister Dr. Köhler, für Thüringen Finanzminister Dr. v. Münchinger, für Mecklenburg-Schwerin Minister von Dergin, für Mecklenburg-Strelitz Minister Dr. Gutschmidt, für Oldenburg Minister Stein, für Braunschweig Minister v. Grohn, für Anhalt Ministerpräsident Dr. v. Waldow, Landesdirektor Dr. Sammling, für Hamburg Dr. Vippmann, für Bremen Staatsrat Dr. Müllershausen und für Lübeck die Senatoren Dr. Kallbrenner und Dr. Vermeiren. Gegenstand der Besprechung ist, wie bereits gemeldet, der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

## Brauns ausichtslose Anstrengungen.

Berlin. Der preussische Ministerpräsident Braun leitet gestern dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. v. Campe, die Frage vor, ob die Fraktion der Deutschen Volkspartei bereit sei, unter seiner Ministerpräsidentenschaft an der Regierung teilzunehmen und ob sie im Falle der Vereinnahmung bereit sei, einem Kabinett der Weimarer Koalition gegenüber eine neutrale Haltung einzunehmen. Abg. Dr. v. Campe behält die Antwort einer Sitzung der volksparteilichen Fraktion am kommenden Mittwoch vor und verpflegt den Besuch der Fraktion dem Ministerpräsidenten bis Donnerstag mitzuteilen.

Die preussische Zentrumsfraktion ist wiederum an den Landeshaupmann Gorion in Düsseldorf herangetreten wegen Uebernahme der Ministerpräsidentenschaft in Brauns. Gorion wird in den nächsten Tagen nach Berlin kommen, um sich mit den Führern der Zentrumsfraktion in Verbindung zu setzen.

## Ein englischer Politiker über Deutschlands Zukunft.

London. (Frankfurt.) Das bekannte konservative Parlamentsmitglied Sir Philip Dawson ist gestern von einer vierwöchigen Reise durch Deutschland, Polen und die Randstaaten nach England zurückgekehrt. Sir Philip hat diese Reise dazu benützt, um zu erforschen, wie er den von ihm seit Kriegsende nachdrücklich vertretenen Gedanken der Zusammenarbeit zwischen englischen und deutschen Industriellen auf den europäischen und außereuropäischen Märkten verwirklichen könne.

Sir Philip sagte bei seiner Rückkehr, daß es ihm vor allem darauf angekommen sei, die rege und enge Zusammenarbeit der deutschen und der englischen Industrie zu fördern, die ein „Unternehmen und gegenseitiges Halbscheiden“ auf den Weltmärkten verhindern könne. Er wies darauf hin, wie deutsche Lieferanten unter Erzielung geringen Verdienstes die englische Industrie unterstützen, während es möglich wäre, durch ein Zusammenarbeiten der beiden Industrien die Aufträge zu teilen. Sir Philip betonte, daß die deutsche Industrie im Gegensatz zur vorerzogen im großen Maße von der Gewährung von englischem Kredit abhängig und daß England bei einer Beteiligung seiner eigenen Industrie einen weit größeren Anreiz hätte, derartige Kredite zu geben, als in dem Fall, in welchem eine solche Kreditgewährung nur eine Stärkung der deutschen Industrie auf Kosten der englischen bedeute.

Besonders anerkennenswert äußerte sich Sir Philip über Reichsfinanzminister Dr. Luther. Er sehe in ihm einen ehrlichen vaterlandsliebenden und klugen Staatsmann, der entschlossen sei, unter getreuer Erfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen mit den übrigen Nationen an dem Wiederaufbau Europas mitzumachen. Sir Philip sagte, er werde in der englischen Öffentlichkeit dafür eintreten, daß Dr. Luther volles Vertrauen entgegengebracht werde. Er sei überzeugt, daß es den deutschen Führern gelingen werde, Deutschland durch alle Klippen hindurchzuführen, erklärte jedoch, es sei tief bedauerlich, daß das Vertrauen, welches Dr. Luther und seine Regierung verdienen, in der öffentlichen Meinung des Auslandes durch das Programm der radikalsten deutschen Seite beeinträchtigt werde. Sir Philip äußerte sich sehr optimistisch über die Zukunft der deutschen Industrie und Deutschlands. Wesentlich sei jedoch, daß sich der Aufstieg Deutschlands in einer Atmosphäre des Zusammenwirkens mit der britischen Industrie entwickele, da eine solche Atmosphäre die Grundlage für das politische Einvernehmen zwischen den beiden Ländern bilde. Sir Philip wandte sich nachdrücklich gegen den Gedanken, daß die Regierungsbeteiligung in England durch die konservativen die außenpolitischen Richtlinien Großbritanniens zu Ungunsten Deutschlands beeinflussen habe.

Den deutsch-engl. Handelsvertrag bezeichnete Sir Philip als ein für beide Teile befriedigendes Abkommen. Er bezeichnete den russischen Markt als vollkommen ausichtslos, solange dort Politiker herrschten, deren Ziel die Weltrevolution sei.

## Zwei Flieger tödlich abgeknippt.

Lübeck. Nach einem Höhenrekordfluge verunglückte gestern abend auf dem Flugplatz Travemünde ein Flugzeug der Caspar-Werke, nachdem es den bisherigen Weltrekord für derartige Flugzeuge um ein bedeutendes überboten hatte. Kurz vor der Landung knippte der Apparat aus der geringen Höhe von 50-60 Meter aus noch nicht geklärten Gründen ab. Der Pilot Männich und der Beobachter Stiebert (beide aus Hamburg) sind tot.

## Ein deutscher Dampfer mit Beladung untergegangen?

Paris. Nach einer Radiomeldung aus Rentjaviit ist der deutsche Dampfer „Bavaria“ samt Beladung am 27. Januar an der isländischen Küste untergegangen.

## Obert wieder als Reichspräsidentkandidat.

Berlin. Wie verlautet, hat sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands endgültig geeinigt, Herrn Obert auch für die kommende Reichspräsidentenwahl wieder als Kandidaten aufzustellen. Verhandlungen mit den übrigen Parteien der Linken und der Mitte sollen schon in der nächsten Woche aufgenommen werden.

## Die Delegiertentagung des Deutschen Bauernbundes

nahm gestern unter zahlreicher Beteiligung aus allen Ecken des Reiches im Bankettaal des Rheingold zu Berlin ihren Anfang.

Der Vorsitzende, Schmidhals (Mittelteil des Reichswirtschaftsrats) erklärte, der Deutsche Bauernbund treibe Interessenpolitik, aber das, was ihm die innere Berechtigung hierzu gebe, sei doch ein tiefer und starker Idealismus. Zwei Ziele habe sich der Bauernbund auf die Fahne geschrieben: Das Ideal der Freiheit und das des Vaterlandes. Das Ziel der Freiheit sei jetzt nach der Revolution erfüllt. Der deutsche Bauernbund stehe auf dem Boden des Gewordenen. Vor allem trete der Bund ein für die Freiheit des deutschen Vaterlandes. Aus Liebe zum Vaterlande bekenne er sich zu dieser Bewegung. Arbeit am deutschen Bauernbund sei beste nationale Arbeit. Sie fördere die Schaffung eines gesunden Bauernstandes, die die Voraussetzung für eine geistige und sittliche Geländung des deutschen Volkes schaffe und die Voraussetzung für eine kommende Wehrhaftigkeit, die Deutschland dringend brauche. Gegenwärtig sehe es in Deutschland außenpolitisch traurig aus, noch trauriger jedoch innenpolitisch. Nur mit Absehen könne man sich von der Uneinigkeit des deutschen Volkes abwenden. Am 1. März werden bei der Wahl auf dem Kriegswahltag jeder reiche das Wahl immer weiter auf als der andere. Die neue Majorität, der Herr Wähler, beeinträchtigt die Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.

Der Redner wandte sich dann gegen die Fülle von Steuern und das Finanzgebahren. In seinem Beruf finde der Landwirt heute nicht das, was er von ihm erwarte, ungebührliche Steuern drücken ihn und die Kreditfrage sei sehr schwierig. Der Landwirt wolle gleichmäßige Preise, keine Ueberpreise, an denen Nordamerika schuld sei, das den Markt in die Breite beherrscht.

Der Hauptgeschäftsführer des deutschen Bauernbundes Dr. Böhm erklärte den Geschäftsbericht und verlas zum Schluß seiner Ausführungen eine Entschiedenheit, in der der Deutsche Bauernbund für die Verabschiedung eines Kolonialtarifs mit ausreichenden Schutzgebühren eintritt. Weiter wird eine großzügige Durchführung der inneren Kolonisation gefordert. Aus dem Gebiete der Angehörigen der Kolonien ist es notwendig, dafür Sorge zu tragen, daß angesichts der derzeitigen Knappheit an Vorräten der Landwirte im Entleerungsverfahren grundsätzlich an die Stelle der Verzählung eine solche zu Rechte oder Pacht mit Kauflaufwartung tritt. Auf steuerpolitischem Gebiet betont der Vertreter nach wie vor die unbedingte Notwendigkeit, eine vollkommen gleiche Belastung der verschiedenen Betriebsgrößen herbeizuführen und verlangt eine starke Herabsetzung der Steuerbelastung in ihrer Gesamtheit bei Reich und Ländern. Er erwartet, daß die Kredite auch den bäuerlichen Organisationen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden.

Schließlich erhebt die Vertretertagung scharfsten Protest gegen die vertragswidrige Verlängerung der Vertagung der Kölner Tage.

Der Vorsitzende dankte Dr. Böhm und wies die in der Öffentlichkeit gegen Dr. Böhm gerichteten Angriffe zurück. Zum Zeichen des Dankes ergab sich die Verjämmlung.

## Schiele deutschnationaler Parteivorstände?

Berlin. Gestern vormittag hat eine Parteiführerbesprechung der deutschnationalen Volkspartei stattgefunden, der sich am Nachmittag eine Sitzung des Vorstandes anschloß. Neben den allgemeinen politischen Fragen kamen auch Organisationsfragen zur Erörterung, so auch die überaus wichtige Neubesetzung der Boiten des Partei- und Fraktionsvorsitzenden. Unter Erzielung Herat hatten beide Voten in einer Hand gelegen. Davon wird man jetzt absehen. Ueber den künftigen Parteivorstand sind Gerüchte verbreitet, die nicht zutreffen. Bei der Deutschen Volkspartei ist bekanntlich der Reichsaussenminister Dr. Stresemann Parteivorstand. Es ist möglich, daß auch die deutschnationale Volkspartei den von der Partei ins Kabinett entlassenen Abg. Schiele zum Parteivorstand wählt, schon um seine Position zu stärken. Ein Vertretertag der deutschnationalen Volkspartei findet Ende Februar statt.

Berlin. Der Parteivorstand der deutschnationalen Volkspartei beschloß, die Frage des Parteivorstandes der für den 21. Februar einuberufenen Parteivertretung zu überweisen. Inzwischen führt der Abg. Winkler die Geschäfte als Parteivorstand weiter. Es wird bestätigt, daß mit einer Nominierung des Reichsinnenministers Schiele zum Parteivorstand gerechnet wird. Als künftiger Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion kommt der Abg. Graf Westarp in Betracht.

Zu der gestrigen Sitzung des Parteivorstandes der deutschnationalen Volkspartei wird noch gemeldet: Der Parteivorstand nahm mit Dank davon Kenntnis, daß die landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen einem Uebergreifen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens auf die Gebiete des städtischen gewerblichen Mittelstandes entgegenwirken wollen. So ist u. a. die geplante Gründung einer großen Brotfabrik in Berlin aufgegeben worden.

## Ründigung des Eisenbahner-Lohnabkommens.

Berlin. Von sämtlichen am Tarifvertrag mit der Reichsbahn beteiligten Organisationen ist zum 1. März das Lohnabkommen für die Eisenbahner gekündigt worden. Von der noch ausstehenden Antwort des Generaldirektors Defer wird das weitere Vorgehen der Eisenbahnerverbände abhängen.